

2999/J XXI.GP
Eingelangt am:24.10.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Andrea Kuntzl
und GenossInnen
an die Bundesministerin für Auswärtige Angelegenheiten
betreffend den österreichischen Botschafter in Pakistan

Einem Bericht der Zeitschrift Format vom 12. Oktober 2001 zufolge hat der österreichische Botschafter in Pakistan, Mag. Walter Howadt, afghanische Flüchtlinge, die in der österreichischen Botschaft um Asyl ansuchen wollten, mittels Polizeieinsatz vertreiben lassen. Bei diesem Polizeieinsatz pakistanischer Polizisten sollen auch Stöcke zum Einsatz gekommen sein. Bezug nehmend auf diesen Bericht richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Bundesministerin für Auswärtige Angelegenheiten nachstehende

Anfrage:

1. Welche Schritte haben Sie gesetzt, um die von den österreichischen Medien kolportierten Vorfälle vor der österreichischen Botschaft in Pakistan aufzuklären?
2. Ist es zutreffend, dass afghanische Flüchtlinge, die in der österreichischen Botschaft in Islamabad einen Asylantrag stellen wollten, durch einen vom österreichischen Botschafter bestellten Polizeieinsatz vertrieben wurden?
3. Stimmt es, dass in der österreichischen Botschaft in Islamabad anstelle von Visaformularen Informationszettel ausgegeben werden, die folgenden Inhalt haben: „Alle Gerüchte, dass die Republik Österreich Menschen afghanischer Nationalität aufnimmt, entbehren jeder Grundlage.“?
4. Wenn ja, wurde diese Maßnahme im Einvernehmen mit dem Außenamt in Wien gesetzt?
5. Wie stehen Sie zur Kritik des UNO - Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) und der Aufforderung, dass Österreichs Botschaft in Islamabad ihrem gesetzlichen Auftrag zur Entgegennahme von Asylanträgen nachkommen sollte?

6. Teilen Sie die Auffassung, daß die Nichtentgegennahme von Asylanträgen gegen die Genfer Flüchtlingskonvention verstößt? Wenn nicht, wie begründen Sie Ihre gegenteilige Auffassung?
7. Haben Sie vor, disziplinarrechtliche Schritte gegen den österreichischen Botschafter in Islamabad einzuleiten?
8. Den Medien war auch zu entnehmen, dass sich Österreich mit 100 Millionen Schilling im Rahmen der EU an der humanitären Hilfe für Afghanistan beteiligen wird. Handelt es sich dabei um eine zusätzliche Ausgabe, die aus einem Ansatz des Bundesfinanzgesetzes 2001 erfolgt?
8. Mag. Howadt, der vor seiner Berufung als österreichischer Botschafter in Pakistan langjähriger außenpolitischer Berater der FPÖ und Chefredakteur der „Neuen Freien Zeitung“ war, hat im Zuge seiner publizistischen Tätigkeit Aufmerksamkeit mit Äußerungen erregt, die als fremdenfeindlich eingestuft werden müssen. Einige seiner Aussagen haben als Zitate Eingang in das Handbuch für Rechtsextremismus gefunden. 1997 hat der damalige österreichische Außenminister Dr. Wolfgang Schüssel in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage gemeint, er halte Mag. Howadt für geeignet, die Verfassung Österreichs im Ausland zu vertreten. Stimmen Sie dieser Aussage im Lichte der jüngsten Ereignisse zu?
9. Halten Sie die Äußerung von Botschafter Howadt, derzufolge die Aussage von Bundeskanzler Schüssel, dass jeder Flüchtling in Österreich aufgenommen werde, mittels Buschtrommel in den afghanischen Flüchtlingslagern verbreitet worden sei, für angemessen?